

Die Debatte über den Arbeitsbegriff und das Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE

Die Partei DIE LINKE hat eine monatelange Debatte über die Ausgestaltung ihres zweiten Parteiprogramms abgeschlossen. Die Programmatischen Eckpunkte, die anlässlich der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG im März 2007 verabschiedet worden sind, werden im Oktober 2011 durch ein neues Programm abgelöst. Im Prozess der Diskussion zum neuen Programm gab es auch heftige Kontroversen zum Thema Arbeit und Grundeinkommen. Aus Begrenzungsgründen soll nur auf grundsätzlich Trennendes bezüglich beider Themen innerhalb der LINKEN eingegangen werden – wissend, dass damit sowohl grundsätzliche Übereinstimmungen als auch Nuancen unerwähnt bleiben.

1 Die Debatte über den Arbeitsbegriff

1.1 Erweiterter Arbeitsbegriff und der Verlust der Eigenarbeit

Im Mittelpunkt der Diskussionen zum Arbeitsbegriff in der LINKEN stand und steht die maßgeblich von Frigga Haug entwickelte „Vier-in-einem-Perspektive“. Diese feministische Perspektive kritisiert erstens die Verengung des Arbeitsbegriffs auf die Erwerbs- bzw. Lohnarbeit, zweitens die damit anerkannte Ausbeutung unbezahlter Frauenarbeit durch Männer: Die mehr von Frauen geleistete Sorge-, Erziehungs-, Familien- und Hausarbeit würde in ihrer grundlegenden Bedeutung für das Funktionieren und Reproduzieren des Gesellschaftlichen innerhalb der LINKEN nicht ausreichend berücksichtigt – und somit auch nicht deren Ausbeutung politisiert. Damit verbunden wird drittens die feministische Kritik am Postulat vom *Haupt*widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital in der derzeitigen Gesellschaft. Geschlechtsspezifische Herrschafts- und Machtverhältnisse, so die feministische Kritik, würden als untergeordnete Problemfelder oder als Nebenwidersprüche deklariert und daraus abgeleitete antipatriarchalische politische Strategien als nebensächlich.

Die „Vier-in-einem-Perspektive“ entwickelt einen weiten Arbeitsbegriff, der sich auf vier eigenständige Tätigkeits- und Lebensbereiche und deren Verknüpfung bezieht: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit für sich selbst und andere sowie Familien- und Hausarbeiten, Arbeit an sich im Sinne von Bildung und Muße und bürgerschaftliches bzw. politisches Engagement.¹ Ziel ist Geschlechtergerechtigkeit hinsichtlich des Zugangs und der Verteilung der vier Arbeitsformen, befördert durch die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und die Entwicklung der dazu nötigen öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen. Auf die Frage der materiellen Absicherung der Nichterwerbstätigkeiten gibt die Protagonistin der „Vier-in-einem-Perspektive“, Frigga Haug, keine klare Antwort. Zu einer spezi-

fischen Form einer solchen Absicherung, dem Grundeinkommen, verhält sich Frigga Haug je nach konkreter politischer Situation – mal befürwortend, mal ablehnend, mal schwankend. Das macht das Konzept politisch unscharf und zugleich für verschiedene politische Strategien anpassungsfähig.

Die Debatte um einen weiten Arbeitsbegriff, die Frigga Haug in der LINKEN belebte, ist nicht neu. Bereits in den frühen Existenzgeld-Debatten der unabhängigen Erwerbslosen wurde der Arbeitsbegriff über die Lohn- bzw. Erwerbsarbeit hinaus ausgeweitet. Auf dem 1. Bundeskongress der Arbeitslosen 1982 wurde dazu formuliert: „Wir sollten unseren neuen Begriff von Arbeit auch politisch offensiv vertreten. – Wenn Umweltschützer die Startbahn West verhindern, dann ist das Arbeit; – wenn ‚Arbeitslose‘ sich in Arbeitsloseninitiativen zusammenschließen, dann ist das Arbeit; – wenn Hausfrauen einen Fleischboykott organisieren, für mehr Kindergartenplätze demonstrieren, ist das Arbeit.“ Die Kritik am herrschenden Arbeitsbegriff, an der Lohn- und Erwerbsarbeit und an der patriarchalischen Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen wurde so gefasst: „Es gibt doch die Hausarbeit, Schularbeit, Gartenarbeit, Beziehungsarbeit usw. Diese Arbeiten jedoch, in denen der Mensch sich und seine Umwelt mitgestaltet, mitproduziert, unterliegen alle dem herrschenden Maßstab: Wird dafür kein Lohn gezahlt, ist es keine ‚richtige‘ Arbeit.“ Und lohnarbeitskritisch wurde angemerkt: „Offenbar ist Arbeit nur dann Arbeit, wenn sie Profit einbringt und systemstabilisierend ist.“⁴² Vierzehn Jahre später wurde in der unabhängigen Erwerbslosenbewegung formuliert: „Wir verstehen unter gesellschaftlich notwendiger Arbeit nicht nur den ‚normalen‘ Produktions- und Dienstleistungsbetrieb, sondern auch die gegenseitige unbezahlte ‚private‘ Reproduktionsarbeit. Sie umfasst unter anderem die Erziehungs- und Hausarbeit, die Arbeit in den Initiativen, Nachbarschaftshilfe, kulturelle Arbeit, gegenseitige Hilfe, Unterstützung und Beratung. Existenzgeld bedeutet für uns die individuelle Absicherung, um diese gesellschaftlich notwendige Arbeit auf freiwilliger Basis zu machen. Wir wollen diese Arbeiten nicht auch noch in ‚Lohnarbeitsverhältnisse‘ zwingen und womöglich damit ihre geschlechtsspezifische Verteilung festschreiben. Untrennbar damit verbunden ist die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung, damit der Anspruch auf gerechte Verteilung für alle gelten kann.“⁴³ Geschlechtergerechte Verteilung *und* frei gewählte Teilhabe an verschiedenen Tätigkeitsbereichen, Grundeinkommen (Existenzgeld), Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Förderung der Rahmenbedingungen für selbstorganisierte kollektive bzw. individuelle Eigenarbeit gehören in der Existenzgeldperspektive zusammen.

Auch der damalige SPD-Bundeskanzlerkandidat Oskar Lafontaine hatte zum Erschrecken vieler Gewerkschaftsfunktionäre und Sozialdemokraten, auch derjenigen, die sich heute wie Lafontaine in der LINKEN finden, die Debatte um einen weiten Arbeitsbegriff entfacht. In seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt“ (1988) erhob Lafontaine die Haus- und Familienarbeit in den gleichen Rang wie Erwerbsarbeit. Im Aufsatz „Weniger Arbeit, mehr Demokratie“ (1989) beschrieb er die „Beteiligungsarbeit“, die politische Partizipation, als Schlüssel zur Demokratisierung der Gesellschaft. Für Lafontaine galt damals: Zu den verschiedenen gesellschaftlich

notwendigen Arbeiten bzw. Tätigkeiten sollten Männer wie Frauen gleichberechtigten Zugang haben. Diese Tätigkeiten sollten gleichermaßen gesellschaftlich anerkannt, geschlechtergerecht verteilt und materiell abgesichert werden, die Nichterwerbsarbeit durch eine Grundsicherung. Auch von Lafontaine wurde auf die dazu notwendige Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit verwiesen. In Übereinstimmung mit André Gorz und Jürgen Habermas und im Gegensatz zur heutigen LINKEN setzte Lafontaine nicht auf die Ausweitung der sozialen Infrastrukturen und Dienstleistungen im Sinne der professionalisierten und einer ökonomischen Logik unterworfenen Erwerbsarbeit. Lafontaine orientierte auf die strukturelle Förderung der selbstorganisierten Eigenarbeit in diesen Bereichen. Er sah in der Eigenarbeit das Paradigma einer neuen solidarischen Gesellschaft. Deshalb sei auch die Eigenarbeit aufzuwerten und zu fördern. Mit Karl Marx plädierte er für die Überwindung der entfremdeten Lohn-/Erwerbsarbeit.⁴

In der „Vier-in-einem-Perspektive“ dagegen wird der emanzipatorische und lohn-/erwerbsarbeitskritische Anspruch der selbstorganisierten Eigenarbeit ausgeblendet. Auch von daher ist sie an verschiedene politische Strategien anpassungsfähig.

In der PDS wurde seit deren Bestehen ebenfalls ein weiter Arbeitsbegriff favorisiert. Als Beispiel können die Ausführungen im Grundsicherungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste in der 12. Wahlperiode im Deutschen Bundestag gelten: „Arbeit ist herkömmliche Erwerbsarbeit und ihr grundsätzlich gleichgestellte Tätigkeiten wie Pflege-, Betreuungs-, Versorgungs- und Erziehungsarbeit sowie kulturelle Tätigkeit und Arbeit für die Gesellschaft und zum Erhalt der Umwelt.“⁵ Grundsicherung (schon damals als Absicherung ohne Zwang zur Erwerbsarbeit gedacht) und Erwerbsarbeitszeitverkürzung sollten die materielle Absicherung und geschlechtergerechte Umverteilung genannter Arbeitsformen ermöglichen. Schrittweise sollten aber – im Gegensatz zur unabhängigen Erwerbslosenbewegung und zu Lafontaine damals – die unbezahlten Tätigkeiten zur bezahlten, also zur Erwerbsarbeit werden. Sie sollen entweder im Rahmen eines „Leistungsgesetzes“ entlohnt oder zu Erwerbsarbeit im staatlichen bzw. im öffentlichen Beschäftigungssektor umgewandelt werden.

Festzuhalten ist: Eine Umbewertung der Arbeit in Richtung eines weiten Arbeitsbegriffs war in der politischen Linken und in der PDS schon vor zwanzig Jahren ein Gemeinplatz. Die Idee des geschlechtergerechten Zugangs zu allen Arbeitsformen und der geschlechtergerechten Verteilung dieser Arbeiten, der gesellschaftlichen Anerkennung und der gesonderten materiellen Grundabsicherung der Nichterwerbsarbeiten gingen Hand in Hand mit der Strategie der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die wiederum durch die jeweiligen Grundabsicherungen unterstützt werden sollte. Allerdings ist die Konzeption des weiten Arbeitsbegriffs und ihrer Implikationen hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit offen für verschiedene Grundabsicherungspolitiken (Grundsicherung oder Grundeinkommen), für verschiedene Arbeitspolitiken (Umwandlung der unbezahlten Arbeit in Erwerbsarbeit oder Beförderung selbstorganisierter Eigenarbeit). Sie ist auch offen für verschiedene, hier aus Begrenzungsgründen nicht diskutierte Politiken hinsichtlich der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit (kollektive Formen und individuelle Formen).

Angesichts der Beispiele sollte man meinen, dass ein weiter Arbeitsbegriff innerhalb der LINKEN ein Gemeinplatz ist. War er aber nicht. Er musste erst wieder von diversen Frauenzusammenschlüssen, dem Forum Demokratischer Sozialismus (fds), der Emanzipatorischen Linken (ema.li) und den beiden großen Bundesarbeitsgemeinschaften in und bei der Partei DIE LINKE, der BAG Grundeinkommen und der BAG Hartz IV zur Interessenvertretung der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in der Partei durchgesetzt werden – mit Kongressen, Seminaren und politischen Interventionen und gegen den Widerstand einiger GewerkschaftsfunktionärInnen, die in der LINKEN Mandats- und FunktionsträgerInnen sind. Im Ergebnis fanden sich in den Programmatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE von 2007 und in dem Wahlprogramm der LINKEN 2009 bereits Abschnitte zum weiten Arbeitsbegriff. Auch wird im Leitantrag des Parteivorstands zum neuen Programm der LINKEN nach langen Kämpfen innerhalb der Partei Folgendes formuliert: „Im Leben von Männern und Frauen soll genügend Zeit für die Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Muße und Kultur sein. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen mehr Entscheidungsspielraum darüber bekommen, wie sie ihre Lebenszeit verbringen. Das Eintreten für die Verfügung über Zeit ist eine Antwort auf die Geschichte von Unterdrückung, Herrschaft über Arbeit und Verfügung über andere.“ Und: „Menschliches Leben umfasst die physische, kulturelle und geistige Reproduktion und reicht damit weit über den Bereich der Erwerbs- und Lohnarbeit hinaus. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit, denn ohne die täglich zu leistende Arbeit in der Haushaltung, in der Erziehung, Sorge und Pflege, im Ehrenamt und im Kulturbereich könnte auch die in Lohnarbeit investierte Arbeitskraft sich im gesellschaftlichen Maßstab nicht reproduzieren.“ Letztlich heißt es: „Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, die Sorge um Kinder, Partner und Freunde, die Teilhabe am kulturellen und politischen Leben und schließlich individuelle Weiterbildung und Muße sind wesentliche Lebensbereiche. DIE LINKE will für alle Menschen die Möglichkeit schaffen, diese Lebensbereiche in selbstbestimmter Balance zu verbinden. Ihre demokratische Gestaltung und geschlechtergerechte Verteilung haben eine wichtige Rolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und des demokratischen Sozialstaats.“ Wichtig ist: „Jede Arbeit, bezahlte oder unbezahlte, soll Wertschätzung erfahren.“⁶ Diese programmatischen Aussagen setzen auf die liberalen Grundsätze der freien Verfügung über die eigene Lebenszeit sowie der Selbstbestimmung und geschlechtergerechten Verteilung hinsichtlich der Teilhabe an den verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Allerdings dominieren derzeit in der LINKEN Positionen, die in der Ausweitung der Lohn- und Erwerbsarbeit in zwischenmenschliche und lebensweltliche Bereiche die letzte Chance sehen, die Erwerbsarbeitsgesellschaft zu retten, nachdem die Agrar-, die Industriegesellschaft und die industrie- bzw. finanzmarktnahe Dienstleistungsgesellschaft als Erwerbsarbeitsgesellschaften abgewirtschaftet haben. Dass und warum diese arbeitspolitische Strategie von Habermas als Kolonialisierung der Lebenswelt bezeichnet wurde⁷ und für Lafontaine gegenemanzipatorisch war und den Verlust der menschlichen Wärme in der Gesellschaft⁸ zur Folge hat, wird nicht reflektiert.⁹

1.2 Ein Versuch des Roll-back

Wortmeldungen während des emanzipatorischen Kampfes für einen weiten Arbeitsbegriff zeigen allerdings, dass die Debatten trotz der Programmaussagen in der LINKEN längst nicht abgeschlossen sind. Im Gegenteil: Es werden Versuche unternommen, den weiten Arbeitsbegriff zurückzudrängen. Zwei, dem Konzept des weiten Arbeitsbegriffs gegenüberstehende Auffassungen sollen dies verdeutlichen:

In seiner Rede zum Programmkonvent der LINKEN im November 2010 stellte Oskar Lafontaine eine „Grundsatzfrage“, nämlich die nach dem Eigentum: „[...] was gehört aus welchen Gründen wem? Diese Frage ist in keiner Verfassung beantwortet. Sie reden alle vom Eigentum, aber nirgendwo ist definiert, was eigentlich Eigentum ist. Da kann man anknüpfen an die liberale Gesellschaftstheorie, in der am Anfang klar die Aussage stand, Eigentum entsteht durch Arbeit. Ich lade dazu ein, dass wir, DIE LINKE, dass wir die erste Partei sind, die hier in Deutschland klar sagt: Jawohl, Eigentum entsteht durch Arbeit und nicht durch Nichtstun oder Einheirat oder Erbschaft, oder was weiß ich auch immer. *Eigentum entsteht insbesondere in den großen Produktionsbetrieben durch Arbeit. Das ist die Grundlage unseres Ansatzes über die Eigentumsfrage.* [...] Und ich habe schon öfter darauf hingewiesen, dass im *Bürgerlichen Gesetzbuch* steht: Wenn jemand aus mehreren Materialien, Glas, Eisen, Holz, Kunststoff, etwas zusammensetzt, dann gehört nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch dieser neue Gegenstand demjenigen, der ihn zusammengesetzt und geschaffen hat.“¹⁰ (Hervorhebungen R. B.)

Halten wir fest: Erstens entsorgt Lafontaine mit diesem Hohelied auf das Bürgerliche Gesetzbuch hinsichtlich des Privateigentums durch Arbeit die urkommunistische Auffassung vom Eigentum aller an der Natur und an dem kulturell Gewordenen. Denn würde diese Auffassung ernst genommen werden, würde das bedeuten, dass der/dem Arbeitenden keineswegs vollumfänglich das Erarbeitete zum Eigentum werden kann, sondern nur ein bestimmter Teil. Der Naturanteil und der Anteil des kulturell-historisch gewordenen Wissens und der Technologie zur Herstellung des Produkts würde nicht der oder dem Arbeitenden gehören. Zweitens vertritt Lafontaine mit dieser Position die Privatisierungsideologie des aufstrebenden Wirtschaftsbürgertums, die John Locke propagierte. Der meinte, dass die Anwendung der Arbeit auf die gemeinsamen (Natur-)Güter dazu berechtigen würde, die Arbeitsprodukte und damit letztlich auch das der Arbeit vorausgesetzte gemeinschaftliche Eigentum sich privat anzueignen, also dem Gemeinwesen zu berauben – wobei für Lafontaine die EnteignerInnen des Gemeinschaftlichen nicht die von John Locke ideologisch vertretenen WirtschaftsbürgerInnen sind, sondern die Lohn- und ErwerbsarbeitsbürgerInnen „insbesondere in den großen Produktionsbetrieben“. Diese von Lafontaine propagierte bürgerliche Privatisierungslogik bestimmt drittens Arbeitsformen, die jenseits der Lohn- und Erwerbsarbeit liegen, letztlich als vom „Eigentum“ des Lohn- und Erwerbsarbeitenden abgeleitete, abhängige und zu alimentierende Tätigkeiten. Sie sind faktisch eigentumslose Anhängsel der eigentlichen, „eigentumsgründenden“ Arbeit. Auch nichts ist mit dieser Wendung Lafontaines übrig geblieben von seiner früheren Auffassung, die sich sinngemäß auch im oben genannten

Leitantrag zum Programmparteitag der LINKEN findet, nämlich dass „das gesamte System der industriellen Arbeitsorganisation und -verteilung [...] die unbezahlte Familienarbeit zur notwendigen Voraussetzung hat“.¹¹ Propagiert wird faktisch also nicht nur die Enteignung aller Mitglieder des Gemeinwesens, sondern speziell auch noch die Enteignung, Ausbeutung und Herabsetzung der unbezahlten Arbeit.

Anders, aber ins gleiche Horn bläst Klaus Ernst, ehemaliges SPD-Mitglied, ehemaliger IG-Metall-Funktionär, jetzt MdB und Vorsitzender der Partei DIE LINKE, in einer Rede auf dem Landesparteitag der LINKEN Hamburg im April 2011: „DIE LINKE begreift sich entweder mit allen Konsequenzen als *Partei der Arbeit* beziehungsweise der arbeitenden Menschen, oder ihre Zukunft ist überschaubar. Arbeitende Menschen sind dabei selbstverständlich nicht nur diejenigen, *die einen Arbeitsplatz haben*. Sondern auch diejenigen, die als Erwerbslose *einen Arbeitsplatz suchen*, die als Kinder oder Jugendliche *in der Ausbildung sind*, die ganz oder zeitweise *wegen Krankheit oder Unfällen erwerbsunfähig* sind und einen entsprechenden Einkommensersatz beanspruchen, und nicht zuletzt auch diejenigen, die als *RentnerInnen* auf eine solidarische Alterssicherung bauen. Arbeit ist auch der gesamte Bereich der *unbezahlten Hausarbeit, der Kindererziehung und Pflegearbeit*. *Der Kapitalismus ist jedoch der gesellschaftliche Konflikt, den es anzugehen gilt*.¹² (Hervorhebungen R. B.) Im Klartext: Arbeitende sind – bis auf die Ausnahme der Sorge-/FamilienarbeiterInnen alle diejenigen, deren Existenz und Tätigkeit auf Lohn- und Erwerbsarbeit gerichtet war oder ist. Da bleibt von der gleichen Anerkennung der drei verschiedenen Arbeitsformen der Vier-in-einem-Perspektive, die eben nicht abgeleitet von der Lohn- und Erwerbsarbeit waren, sondern als eigenständige Arbeiten galten, gerade noch eine übrig. In dieser Perspektive ist dann bei Ernst auch der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital *der gesellschaftliche Konflikt*. Patriarchalische Herrschafts- und Machtverhältnisse sind kein Thema. Zu beachten ist dabei, dass Klaus Ernst seine Aussagen unter die Überschrift: „Der Sinn der LINKEN: Partei der Arbeit“ stellt. Es geht ihm mit seinem Redebeitrag wie auch Lafontaine um „eine grundsätzliche Verständigung über den künftigen Kurs der LINKEN“!

In beiden Fällen wird deutlich, woher ein Roll-back bereits sicher geglaubter Positionen zum Arbeitsbegriff zu erwarten ist und wie konträr nach wie vor die Arbeitsthematik in der LINKEN diskutiert wird.

1.3 Grundsätzliche Kritik der Lohn-/Erwerbsarbeit? Fehlanzeige!

Die Umbewertung der Arbeit und genannte Reaktionen darauf sind eine Seite der Arbeitsdiskussion bei der LINKEN. Die andere Seite ist der unreflektierte Umgang mit dem Begriff „gute Arbeit“ hinsichtlich der Themen Destruktivität, Ausbeutung und Entfremdung von Lohn-/Erwerbsarbeit. Hierzu eine Passage aus dem oben genannten Leitantrag zum Programmparteitag: „Die Erwerbsarbeit hat die spezifische Bedeutung, dass in ihr die Einkommen erwirtschaftet und die Güter und Dienstleistungen produziert werden, die gekauft werden können. Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte erfolgt überwiegend im Bereich der Erwerbsarbeit. Gute Erwerbsarbeit fördert die

eigenen Stärken, schöpft Potenziale und eröffnet Perspektiven zur persönlichen und beruflichen Verwirklichung. Gute Arbeit ist vereinbar mit Familie und sozialem Leben. Voraussetzungen für gute Erwerbsarbeit sind: Sie muss mit dem Gewissen des und der Erwerbstätigen vereinbar sein, ein gutes Einkommen sichern, die berufliche Qualifikation in Wert stellen und keine zu hohen Ansprüche an die Flexibilität und die Fahrtzeiten bedeuten. Sie darf nicht gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstoßen. Erwerbsarbeit kann Quelle von Selbstverwirklichung sein, aber für viele beginnt Selbstverwirklichung außerhalb ihrer Arbeitsverhältnisse. [...] DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Beschäftigung. Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit sozial versichert sein. Wir kämpfen dagegen, dass reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit oder Minijobs ersetzt wird. Unabhängig von Geschlecht und Erwerbsstatus muss gelten: Gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit. Schluss mit Armutslöhnen und Lohndumping. Die Enteignung der Beschäftigten muss gestoppt werden. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe. Tarifverträge müssen leichter als bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten, Mindestlöhne zahlen und soziale und ökologische Kriterien beachten. Tariffucht muss bekämpft werden. Wir wollen regelmäßige Lohnzuwächse, die mindestens den Produktivitätszuwachs und die Preissteigerungen ausgleichen. Die Managergehälter müssen auf das 20-fache der untersten Lohngruppen im Unternehmen begrenzt [...] werden. [...]. Gute Arbeit für jede und jeden erfordert erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten im Betrieb und im Unternehmen. Wir sind für den Ausbau bindender Veto-Rechte von Beschäftigten in bedeutenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Belangen.“¹³

Beginnen wir mit einfachen Fragen und Antworten zum Thema „gute Arbeit“:

Kann jenseits öffentlicher Aufträge verrichtete ökologisch schädliche Arbeit gute Erwerbs-/Lohnarbeit sein? Kann Rüstungsproduktion, die Nutzung und Herstellung gesundheitsschädlicher und gemeinwohlgefährdender Produkte/Technologien gute Lohn-/Erwerbsarbeit sein? Nein. Kann Mitbestimmung und ein Veto-Recht der Beschäftigten einer Firma gute Arbeit, also nicht ökologisch schädliche, also nicht gesundheitsschädliche und nicht gemeinwohlgefährdende Lohnarbeit garantieren? Natürlich nicht, weil die Belegschaften aus Gründen ihrer Existenzsicherung durch Lohn-/Erwerbsarbeit durchaus nicht Garanten guter Arbeit sein müssen, auch nicht in einem selbstverwalteten Betrieb. Der Leitantrag zum Programm enthält zwar allerhand richtige Zielstellungen hinsichtlich der Veränderung der Lohn- und Erwerbsarbeit, auch im oben genannten Sinne der Überwindung der Destruktivität der Lohn-/Erwerbsarbeit. In der wichtigsten Passage dazu finden sich aber diese Überlegungen nicht wieder.

Fahren wir fort mit einer klassischen marxistischen Thematik, der Ausbeutung: In zitierter Passage findet sich kein Wort darüber, dass ausgebeutete Arbeit keine gute Arbeit sein kann. Oder im Umkehrschluss: Auch ausgebeutete Arbeit ist gemäß der genannten Definitionen gute Arbeit. Daran ändert auch die Erstreitung höherer Löhne, besserer Arbeitsbedingungen oder der Mitbestimmung nichts. Ausbeutung wäre nur

abgeschafft, wenn das Mehrprodukt in der Tat vergesellschaftet werden würde, also nach einem gesellschaftlichen demokratischen Prozess an alle Individuen, an öffentliche Institutionen, Einrichtungen bzw. für Infrastrukturen- und Produktionsinvestitionen weitergereicht wird.

Erst recht kann entfremdete Arbeit nicht gute Arbeit sein. Auch von dieser grundlegenden marxistischen Thematik ist nichts in den Passagen zur guten Arbeit zu lesen. Das lässt den Umkehrschluss zu: Entfremdete Arbeit ist gute Arbeit. Die Kritik an dem vorherrschenden entfremdeten und entfremdenden Charakter der Arbeit fehlt gänzlich im Leitantrag für ein Programm der LINKEN, der Begriff Entfremdung wird auch nirgends benutzt. Es wird nicht einmal zwischen Lohn- und Erwerbsarbeit unterschieden. Die fehlende marxistische Analyse führt natürlich auch zu fehlenden marxistisch geprägten Visionen einer nachkapitalistischen Gesellschaft: Für Marx war die Aufhebung der entfremdeten Arbeit das Ziel einer kommunistischen Bewegung, das sich auch als vollendeter Humanismus versteht. Privateigentum an Produktionsmitteln, die Arbeitsteilung zwischen „master“ und „man“, zwischen Mann und Frau, zwischen Kopf- und Handarbeit und innerhalb verschiedener Produktionsabläufe, die Produktion und der Austausch von Waren (Erwerbsarbeit und Warenproduktion), also das Äquivalenzprinzip im gegenseitigen Tausch der Produkte, welches in der Lohnarbeit auch auf den Tausch Arbeitskraft und Lohn zur Reproduktion dieser übertragen wird (Warenförmigkeit der Arbeitskraft) – diese Ursachen führ(t)en nach Marx dazu, dass der Mensch seinem Produkt, seiner Tätigkeit, dem anderen Menschen und damit seiner Gattung entfremdet ist. Das kommunistische Ziel gemäß Marx, nämlich die freie Entwicklung der menschlichen (Gattungs-)Fähigkeiten des Individuums als Bedingung der freien Entwicklung aller, ist nur nach Aufhebung dieser die freie Entwicklung des Individuums hemmenden gesellschaftlichen Bedingungen der menschlichen Individualisierung möglich: Entfremdung verhindert die freie Entwicklung der Individuen, so die Ansicht von Marx. Letztlich, so Marx weiter, ist die freie Entwicklung nur jenseits des Reiches der Notwendigkeit, der notwendigen Arbeit möglich. Dennoch galt für ihn im Reich der Notwendigkeit, dass „die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn“. Die „der menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen“ zu gestalten ist immer auch ein Anspruch, Entfremdungstendenzen radikal einzudämmen. Weder davon noch von der grundsätzlichen humanistisch-kommunistischen Zielstellung der freien Fähigkeitsentwicklung durch Zurückdrängung der notwendigen Arbeit wird im Abschnitt über die gute Arbeit gesprochen: Gute Lohn- und Erwerbsarbeit wäre eigentlich die, die sich selbst abschafft. Befreiung *in* der und Befreiung *von* der notwendigen Arbeit – das ist die Marx'sche Vision.¹⁴

Diese Leerstellen hinsichtlich Analyse und Vision in den Passagen zur guten Arbeit sind für ein Programm der Partei, die Karl Marx als geistigen Ahnen ansieht, sehr seltsam. Erklärt werden können sie nur durch eine weitgehend unreflektierte Übernahme

gewerkschaftlicher Positionen zur „guten“ Arbeit. Deren Positionen weisen natürlich grundsätzlich über bestehende Produktions- und Konsumtionsweisen hinaus.

Anhand der fehlenden Kritik an der Lohn- und Erwerbsarbeit im Leitantrag zum Programm der Partei DIE LINKE kann natürlich nicht auf fehlende Debatten innerhalb der LINKEN zum Thema Destruktivität, Ausbeutung und Entfremdung von Lohn- und Erwerbsarbeit gefolgert werden. Eine Schluss ist aber möglich: Die kritiklose Annahme destruktiver, ausgebeuteter und entfremdeter Arbeit als gute Arbeit dominiert derzeit noch kritische Analysen und Diskussionen in der LINKEN zum Thema Arbeit. Unter Berücksichtigung dieser kritischen Analysen und Diskussionen wäre auch folgender Satz aus dem Leitantrag schwer haltbar: „Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte erfolgt überwiegend im Bereich der Erwerbsarbeit.“ Im Gegenteil. Bezogen auf die objektive und subjektive Seite der Produktivkräfte müsste formuliert werden: „Im Bereich der Lohn- und Erwerbsarbeit erfolgt weitgehend die Entwicklung der Destruktivkräfte. Die freie Entwicklung der Individuen wird im großen Maße in Lohn- und Erwerbsarbeit behindert.“

Zusammenfassung: Die feministische Kritik am vorherrschenden Arbeitsbegriff hat im Programm der LINKEN Fuß gefasst und ist in weiten Teilen der Partei DIE LINKE auch anerkannt. Unverkennbar sind aber auch Roll-back-Strategien. Darüber hinaus: Die Themen Destruktivität, Ausbeutung und Entfremdung der Lohn- und Erwerbsarbeit sind im Hinblick auf das Thema gute Arbeit im oben genannten Leitantrag zum Programm vollkommen ausgeblendet. DIE LINKE fällt damit hinter grundlegende linke Positionen zurück. Die Suche nach Alternativen zur Destruktivität, Ausbeutung und Entfremdung von Lohn- und Erwerbsarbeit wird dadurch erschwert.

2 Die Debatte über das Grundeinkommen

2.1 Stand der Diskussionen

Die Debatte über das Grundeinkommen hat in der politischen Linken eine lange Geschichte. Seit Thomas Spence 1796 „The Rights of Infants“ veröffentlicht hat, ist in der politischen Linken die Diskussion um eine grundlegende Absicherung der Existenz und Teilhabe ohne Bevormundung und Freiheitsverweigerung breiter geworden. Charles Fourier, Erich Fromm, Martin Luther King, André Gorz, Michael Hardt und Antonio Negri sind nur einige von denen, deren prominenter Name mit dieser neuen sozialen Idee verbunden ist.¹⁵

Auch in der Partei DIE LINKE hat die Grundeinkommensidee eine Geschichte. In der PDS und der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde das Grundeinkommen schon vor der Vereinigung mit der WASG diskutiert. ProtagonistInnen waren zum Beispiel Katja Kipping und Christoph Spehr. Beflügelt wurde diese Debatte durch die Existenzgeldforderung der unabhängigen Erwerbslosenbewegung in Deutschland, die die Forderung nach einem Grundeinkommen auch immer mit einer Kritik an der Lohn- und Erwerbsarbeit und mit einer radikalen Ablehnung der Zwangsarbeit verband. Dementsprechend sind die GegnerInnen der Grundeinkommensidee in der politischen

Linken auch schnell zu lokalisieren. Sie kommen aus den Kreisen, die dieser Kritik ablehnend gegenüberstehen. Das sind insbesondere SozialdemokratInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen.

Im Oktober 2005 wurde die *Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen* in und bei der Linkspartei.PDS gegründet. Sie konstituierte sich als *BAG Grundeinkommen* in und bei der Partei DIE LINKE im Juli 2007 neu. Der zahlenmäßig starke Zusammenschluss innerhalb der Partei erreichte durch die Erarbeitung eines Grundeinkommenskonzeptes, durch viele Diskussionen, Veranstaltungen und Initiativen, was in den Programmatischen Eckpunkten 2007 als offene Frage formuliert worden ist: „Ist es ausreichend, eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung für Menschen in sozialer Not zu fordern, oder ist ein bedingungsloses individuelles Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger zu verlangen?“¹⁶ Noch im ersten Entwurf des neuen Programms der LINKEN fehlte aber der Bezug zum Grundeinkommen gänzlich. Offenbar unterschätzten die Autoren dieses Entwurfs die vorangeschrittene Offenheit bis Zustimmung innerhalb der Partei DIE LINKE zum Grundeinkommen.¹⁷ Viele Wortmeldungen und Änderungsanträge¹⁸ zum ersten Entwurf – vom Forum demokratischer Sozialismus (fds) über verschiedene Zusammenschlüsse in der Partei bis hin zu Landesverbänden und Mitgliedern des geschäftsführenden Parteivorstandes – verlangten entweder, dass das Grundeinkommen als Programmbestandteil festzuschreiben sei oder dass das Grundeinkommen im Sinne einer weiter zu diskutierenden Alternative in das Programm aufzunehmen ist. Auf dem Programmkonvent 2010 wurde in einer Arbeitsgruppe ebenfalls über das Grundeinkommen diskutiert. Das Fazit des Moderators der Arbeitsgruppe lautete, „dass die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen [...] positiv in einem neuen Programm benannt werden sollte[n]. Eine unveränderte Neuvorlage dieses Programmteiles hätte mit Sicherheit erhebliches Konfliktpotential in der Partei. Eine Überarbeitung im genannten Sinne scheint mir sehr sinnvoll.“¹⁹ Im vorliegenden Leitantrag des Parteivorstandes zum neuen Parteiprogramm wird das Konfliktpotenzial folgendermaßen entschärft: „Wir fordern [...]: Hartz IV muss weg. DIE LINKE fordert stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Bedarfsgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltspflichten. Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“²⁰ Heißt das nun, sollte sich an der Formulierung des Leitantrags zum Programm nichts mehr ändern, dass die Grundeinkommensbefürwortenden der LINKEN nichts weiter gewonnen haben? Nein. Den politischen Interventionen emanzipatorischer Kräfte innerhalb der Partei ist es gelungen, einen wichtigen Schritt in Richtung Grundeinkommen voranzukommen: „Jeder und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote sank-

tionsfrei abzulehnen. Zwang zur Erwerbsarbeit lehnen wir ab.“²¹ Dass diese Passage im Leitantrag stehen kann, hat Gründe: Ende 2008 versuchten Teile der Fraktion DIE LINKE unter der Führung des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion und der Partei, Klaus Ernst, einen Antrag auf eine „repressionsfreie“ Grundsicherung in der Fraktion durchzusetzen, die weiterhin auf Sanktionen und Leistungskürzungen bei Arbeitsverweigerung setzte. Diese Absicht wurde von großen Teilen der Partei heftig kritisiert. Viele bezeichneten dieses Konzept als „Hartz IV light“ und betrachteten es als gemilderte Fortsetzung der neoliberalen Hartz-IV-Logik des Forderns und Förderns.²² Diese Auseinandersetzungen sowohl in der Fraktion als auch in der Partei führten dazu, dass sich eine Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Hartz IV zur Interessenvertretung der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in und bei der Partei DIE LINKE formierte – heute eine mitgliederstarke Arbeitsgemeinschaft. Schon der Name der BAG verweist deutlich auf die Konfliktlinie. Inzwischen ist in allen Erklärungen, Anträgen der Fraktion DIE LINKE und im letzten Wahlprogramm der Partei der Bruch mit der menschen- und völkerrechtswidrigen Zwangsarbeit vollzogen – auch im oben genannten Leitantrag. Damit hat sich DIE LINKE als erste im Bundestag vertretene Partei auch von der grundrechtswidrigen Logik eines disziplinierenden Fürsorgestaats verabschiedet. Die innerparteilichen und gesellschaftlichen Debatten zum Grundeinkommen waren dafür überaus wichtig.

Ein weiterer Schritt in Richtung Grundeinkommen ist das Bekenntnis der LINKEN zu einer individuellen Mindestsicherung, also einer lediglich bezüglich individueller Einkommen und Vermögen bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherung. Fehlt noch die gänzliche Abschaffung der sozialadministrativen Bedürftigkeitsprüfung, dann wäre das Ziel des Grundeinkommens für alle erreicht, zumal bereits jetzt für DIE LINKE feststeht, dass auch AsylbewerberInnen in das allgemeine Grundsicherungssystem einzubeziehen sind.

Neben dieser Form der Ausweitung des Kreises der BezieherInnen einer Grundabsicherung sind zwei weitere Strategien für die BAG Grundeinkommen DIE LINKE im Bündnis mit anderen Zusammenschlüssen maßgeblich: erstens der Kampf für einen wirklich die Existenz und Teilhabe absichernden Transfer – derzeit mit ca. 1.000 Euro (plus Kranken- und Pflegeversicherung und im Bedarfsfall Wohngeld) von der BAG propagiert, zweitens der Kampf für lebensphasenspezifische „Grundeinkommen“: ein Kindergrundeinkommen, BAföG für alle Studierenden ohne Rückzahlungsverpflichtung, „Grundeinkommen“ für Erwerbstätige, die eine Auszeit aus dem Berufsleben nehmen wollen (Sabbatical) und eine Garantierente für alle, die mit den einkommensabhängigen Renten verbunden wird.²³ Mit diesen Möglichkeiten der schrittweisen (horizontalen) Einführung des Grundeinkommens ergeben sich auch unterschiedliche Möglichkeiten innerparteilicher, partei- und bewegungsübergreifender Bündnisse.

Das finanzierbare Grundeinkommenskonzept der BAG Grundeinkommen beinhaltet ein Grundeinkommen in Höhe von derzeit 1.010 Euro ab dem 16. Lebensjahr (unter 16 Jahren 505 Euro) plus Kranken- und Pflegeversicherung und im Bedarfsfall Wohngeld. Die Kranken-/Pflege-/Rentenversicherungen sollen zu Bürgerversicherungen umgebaut

werden, die Arbeitslosenversicherung zur Erwerbslosenversicherung. Zum Konzept heißt es weiterhin: „Wir betrachten das Bedingungslose Grundeinkommen weder als Allheilmittel für wirtschaftliche und soziale Probleme noch als singuläres Projekt. Vielmehr ist das BGE als Bestandteil einer emanzipatorischen und gesellschaftstransformatorischen Gesamtstrategie zu betrachten, die insbesondere auch folgende Aspekte beinhaltet:

- Arbeitsrechtliche Verbesserungen inklusive radikaler Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung sowie eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde.
- Massive Umverteilung von oben nach unten mittels BGE und Besteuerung, insbesondere durch eine stärkere Belastung von Kapital, Vermögen und hohen Einkommen.
- Ausbau und Demokratisierung der sozialen Sicherungssysteme.
- Ausbau und Demokratisierung öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen.
- Radikale Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit (bezahlte wie unbezahlte) zwischen den Geschlechtern. Dabei sind weitere Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit erforderlich, wie zum Beispiel gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Zugangschancen zu Bildung und beruflichen Positionen.
- Eine gesellschaftliche (inkl. wirtschaftliche) Entwicklung und ein Gesellschaftskonzept, das in hohem Maße auf ökologische Nachhaltigkeit setzt.
- Schaffung einer solidarischen, partizipativen und kooperativen Gesellschaft, die auf der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und der Freiheit des Einzelnen basiert.
- Eine grundlegende Eigentumsumverteilung inklusive der Übertragung der realen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel an die Beschäftigten und die BürgerInnen.
- Das Grundeinkommen als Menschenrecht ist Europa- und weltweit einzuführen.²⁴

2.2 „Argumente“ und Akteure gegen das Grundeinkommen in der LINKEN

Es sind in der LINKEN hauptsächlich (Ex-)Funktionäre der Gewerkschaften ver.di und IG Metall, die versuchen, die Idee des Grundeinkommens entweder mit falschen oder unlogischen Argumenten zu diskreditieren und so deren politische Umsetzung zu verhindern – und das, obwohl sich selbst die Gewerkschaftsbasis mehr und mehr der Idee des Grundeinkommens zuwendet bzw. das Grundeinkommen als politische Forderung auf die Tagesordnung setzt.²⁵

Nachdem die Versuche der BGE-GegnerInnen nicht mehr fruchten, öffentliche Infrastrukturen gegen das Grundeinkommen („Wer Grundeinkommen will, ist gegen öffentliche Infrastrukturen“), Mindestlohn gegen das Grundeinkommen („Wer Grundeinkommen will, ist gegen den Mindestlohn und für Kombilohn“), Arbeitszeitverkürzung gegen das Grundeinkommen („Wer Grundeinkommen will, kämpft nicht mehr für Arbeitszeitverkürzung“) usw. usf. auszuspielen, und nachdem auch ein so genanntes Finanzierungsproblem aufgrund gut durchgerechneter Grundeinkommensmodelle nicht mehr als Gegenargument gelten kann, werden grundsätzlichere „Argumente“ in die Debatte eingebracht – die weder von Kenntnis noch Wohldurchdachtheit zeugen:

Beispiel 1: „Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Idee der Neoliberalen. Kein Wunder, dass es unsozial ist. [...] Gerade von neoliberaler Seite finden sich Protagonisten des bedingungslosen Grundeinkommens. Ja, historisch sind sie sogar die Erfinder.“²⁶ Michael Schlecht, ehemaliges Mitglied der SPD, ehemaliger Chefvolkswirt und Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung beim Bundesvorstand von ver.di, jetzt MdB und Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE sowie Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, zeigte 2006 mit dieser Position, dass er entweder keine Ahnung von der Geschichte der Grundeinkommensidee und der Vielfalt der Grundeinkommensansätze hatte oder dass er bewusst in die Irre führen wollte. Wenn diese Taktik nicht mehr greift und die Grundeinkommensbewegung in der LINKEN und selbst nicht mehr in den Gewerkschaften eingedämmt werden kann, wird es mit einer anderen Täuschung versucht: „Die Ebbe in den öffentlichen Kassen muss beendet werden. Damit endlich Geld auch für eine bessere Erziehung und Bildung unserer Kinder da ist. Vor allem für mehr pädagogisches Personal. Damit ein *sanktionsfreies Grundeinkommen* von 500 Euro und weitere soziale Reformen solide finanziert werden können.“²⁷ Die sanktionsfreie aber bedürftigkeitsgeprüfte Mindestsicherung der LINKEN (500 Euro plus Kosten der Unterkunft und Heizung, KdU) wird mal ganz schnell zum Grundeinkommen umbenannt (und die KdU werden dabei glatt vergessen). Also kann die Debatte um das Grundeinkommen beendet werden, so möglicherweise der heimliche Wunsch von Schlecht, der bisher vehement gegen das Grundeinkommen auftrat.

Beispiel 2: „Eine Gegenreaktion [auf den unter Druck geratenen fordistischen Sozialstaat, R. B.] bestand in dem Vorschlag, das gesamte bisherige sozialstaatliche System zu ersetzen durch ein allgemeines Grundeinkommen.“²⁸ Hier führt Harald Weinberg, ehemaliges SPD-Mitglied, ehemalig hauptamtlich bei einer ver.di-GmbH tätig, jetzt MdB in der Fraktion DIE LINKE, im Jahr 2010 ein übliches Irreführungsmanöver durch. Dann aber kommt das Entscheidende: „Vor dem Hintergrund der realen Kräfteverhältnisse ist es wenig wahrscheinlich, die Idealform eines allgemeinen Grundeinkommens durchsetzen zu können. Ich lasse hier mal alle anderen Einwände, z.B. zur Finanzierbarkeit usw., weg. Und selbst wenn wir eine solche Hegemonie und Mehrheit erreicht hätten, um ein allgemeines GE durchsetzen zu können, dann könnten wir allerdings auch ganz andere Dinge, wie allgemeine Arbeitszeitverkürzung, gute Arbeit, Vergesellschaftung von Schlüsselproduktionen, durchsetzen. Viel wahrscheinlicher ist indes, dass der Einstieg auf der Basis eines der bürgerlichen GE-Modelle erfolgt.“ Zuerst anerkennt also Weinberg, dass das Grundeinkommen offensichtlich eine linke Option bei veränderten Herrschaftsverhältnissen sein könnte. Dann werden andere linke Ziele, die bei veränderten Herrschaftsverhältnissen durchsetzbar wären, unvermittelt neben das Grundeinkommen gestellt, statt sie aufeinander zu beziehen. Danach wird erklärt, da wohl offensichtlich keine Änderung der Herrschaftsverhältnisse möglich sei, dass sich ein bürgerliches Modell des Grundeinkommens durchsetzen könnte. Übernimmt man diese Logik, ist klar: Man solle lieber vom Grundeinkommen ablassen. Was dann aber auch logischerweise hieße, von den anderen linken Zielen die Hände zu lassen und als Linker jämmerlich zu weinen. Wären doch diese Ziele mangels Änderungen der Herrschaftsver-

hältnisse entweder ebenfalls nicht erreichbar oder könnten sich in bürgerliche Konzepte wandeln – wie schon die alte linke sozialdemokratische Idee der Grundsicherung in Hartz IV gewandelt wurde, wie Arbeitszeitverkürzung zur Arbeitsverdichtung genutzt werden könnte, gut bezahlte Arbeit weiterhin oder verstärkt als ökologisch schädliche, gesundheits- und gemeinwohlgefährdende Lohn-/Erwerbsarbeit stattfinden könnte, der geforderte und ausgebaute Dienstleistungssektor der Privatisierung anheimfallen oder gleich als Profitsektor entstehen würde usw. usf. Trotzdem kämpft Weinberg erstaunlicherweise für die anderen linken Ziele – ohne auf die Gefahren hinzuweisen. Aber er kämpft nicht für das Grundeinkommen. Eine ähnliche „Argumentation“ hatte schon Ralf Krämer, ehemaliges SPD-Mitglied, jetzt Sprecher der Sozialistischen Linken in der LINKEN, hauptamtlich tätig beim ver.di-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschaftspolitik, entwickelt: Das Grundeinkommen wäre angesichts der herrschenden Verhältnisse illusionär, wie auch andere Forderungen der BAG (siehe oben). Auch hier gilt: Für die anderen Forderungen wie zum Beispiel Arbeitszeitverkürzungen zu kämpfen ist richtig – obwohl sie eigentlich „illusionär“ sind oder möglicherweise bürgerlich „gedreht“ werden können –, für das Grundeinkommen nicht.²⁹ Die alte linke Weisheit, dass der Kampf für linke Projekte *zugleich* ein Kampf für andere Herrschaftsverhältnisse ist und sein muss, ist offensichtlich vollkommen verlorengegangen.

Die aufgeführten „Argumente“ dieser Grundeinkommensgegner sind faktisch eine Bankrotterklärung. Nachdem Sachargumente nicht mehr ziehen, wird entweder in billiger Weise getäuscht, oder es wird mit unüberwindbaren Herrschaftsverhältnissen, die sogar eigene Kampfziele in Frage stellen, gegen das Grundeinkommen polemisiert.

2.3 Ausblick

Die eben aufgezeigten „Argumente“ gegen das Grundeinkommen sind keine gute Ausgangsbasis für einen offenen und konstruktiven Dialog innerhalb der LINKEN. Es ist auch nicht zu erwarten, dass die genannten (Ex-)Gewerkschaftsfunktionäre in der LINKEN ihre Ansichten und Strategien gegen das Grundeinkommen ändern. Sinnvoll wäre es daher, die sich ausbreitende Bewegung an der Gewerkschaftsbasis zu unterstützen, die eine offene und sachliche Diskussion in den Gewerkschaften und in der Gesellschaft zum Grundeinkommen einfordert. So wie dies jüngst zum Beispiel die ver.di-Jugend mit ihren Beschlüssen tat – mit dem nicht überraschenden Verweis darauf, dass bisher die „Kontra-Positionierung [zum Grundeinkommen, R. B.] hauptamtlich durch die wirtschaftspolitische Abteilung geprägt [wurde].“³⁰ Diese scheint die letzte Bastion zu sein, die genommen werden muss, um einen breiten, sachlichen und konstruktiven Dialog innerhalb der gesamten politischen Linken und in der Gesellschaft zum Grundeinkommen zu führen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Haug, F., Die Vier- in-Einem-Perspektive. Eine Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist, 2009; <http://www.vier-in-einem.de>
- 2 Arbeitsloseninitiativen der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin, 1. Bundeskongress der Arbeitslosen. Protokolle. Presse, Fotos, Initiativen, in: Fachhochschule Frankfurt am Main. FB Sozialarbeit. FB Sozialpädagogik (Hrsg.), Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik. Band 6, Frankfurt/Main 1983, S. 129 und 142 f.
- 3 BAG-Erwerbslose, Wir fordern ein Existenzgeld für alle Menschen, Frankfurt/Main 1996, in: Krebs, H.-P./Rein, H. (Hrsg.), Existenzgeld. Kontroversen und Positionen, Münster 2000, S. 124
- 4 Vgl. Haug, F., Das Lafontaine-Projekt. Perestrojka auf sozialdemokratisch?, 1988; <http://www.friggahaug.inkrit.de/documents/Lafontaine-Projekt1988.pdf>; mit bemerkenswerten Interviewergebnissen zum Thema Arbeit und Grundeinkommen. Vgl. auch Kahrs, H., Oskar Lafontaine: Voraussetzungen einer tätigen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, unveröffentlichtes Exzerpt zu: Oskar Lafontaine: Weniger Arbeit. Mehr Demokratie, Berlin 2011
- 5 Gruppe der PDS/Linke Liste, Vorlage eines Gesetzes über eine soziale Grundsicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993, BT-Drs. 12/5044, S. 5; vgl. auch Gruppe der PDS, Soziale Grundsicherung gegen Armut und Abhängigkeit, für mehr soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben, Berlin 1996, BT-Drs. 13/3628
- 6 DIE LINKE: Leitanspruch des Parteivorstands zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitag der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, Berlin 2011, Rn. 104 f., 1057 f., 1207 f., 1261 f.; http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/erfurt2011_leitanaeae/leitanspruch_programm_erfurt_parteitag.pdf
- 7 Habermas, J., Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V, Frankfurt/Main 1996, S. 141 ff.
- 8 Lafontaine, O., Weniger Arbeit, mehr Demokratie, in: Lafontaine, O. (Hrsg.), „Das Lied vom Teilen“. Die Debatte über Arbeit und politischen Neubeginn, München 1989, S. 20
- 9 Vgl. zum Thema auch Blaschke, R., Denk' mal Grundeinkommen. Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee, in: Blaschke, R./Otto, A./Scheper, N. (Hrsg.), Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, rls Texte 67, Berlin 2010, S. 65 ff.
- 10 Lafontaine, O., Die Grundsatzfrage stellen. Rede zum Programmkonvent der LINKEN, November 2010; <http://www.die-linke.de/programm/programmkonvent/reden/diegrundsatzfragestellen/>
- 11 Lafontaine, O., Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt, Hamburg 1988, S. 218
- 12 Ernst, K., Für einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag, Rede auf dem Landesparteitag DIE LINKE in Hamburg, April 2011; <http://die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/artikel/fuer-einen-neuen-sozial-oekologischen-gesellschaftsvertrag/>
- 13 DIE LINKE 2011, a. a. O.; Rn. 1266
- 14 Die entsprechenden Aussagen von Karl Marx finden sich in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten, im Manifest der Kommunistischen Partei, in den Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie, in den Theorien über den Mehrwert und im Kapital. Mehr dazu auch in Blaschke, R., 2010 a. a. O., S. 164 ff. und 188 ff.
- 15 Vgl. Blaschke, R., 2010, a. a. O., S. 9 ff.
- 16 DIE LINKE: Programmatische Eckpunkte, Dortmund 2007, S. 19; http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf
- 17 Laut einer Studie von Ringo Jünigk befürworten 68 Prozent der befragten Mitglieder der Partei DIE LINKE das Grundeinkommen (17 Prozent der Mitglieder unterstützen diese Idee aktiv), bei einer Entscheidung zwischen Grundsicherung (35 Prozent) und Grundeinkommen (54 Prozent) würden bedeutend mehr für das Grundeinkommen plädieren. Eine parteiinterne Studie ergab, dass 87 Prozent der WählerInnen der LINKEN die Einführung des Grundeinkommens als notwendig ansehen; <http://www.teilhabe-fuer-alle.de/wp-content/uploads/2010/09/Ergebnisse-zum-bedingungslosen-Grundeinkommen-open.pdf>
- 18 Siehe <http://www.die-linke.de/programm/wortmeldungen/> und das Dossier zur Programmdebatte auf der Website von Katja Kipping; <http://www.katja-kippling.de/topic/16.dossiers.html?tcid=13>

- 19 Siehe <http://www.die-linke.de/programm/programmkonvent/forenimpulsreferateundprotokolle/forum4-gutearbeitssozialesicherheitundgerechtigkeitlebenundarbeitenim21jahrhundert/protokollforum4/>
- 20 DIE LINKE 2011, a. a. O., Rn. 1592 ff.
- 21 DIE LINKE 2011, a. a. O., Rn. 1284 ff.
- 22 Siehe z.B. Schindler, J., Parteiinterner Streit. Linke fürchten Hartz IV light, Frankfurter Rundschau, 06.01.2009; <http://www.fr-online.de/politik/linke-fuerchten-hartz-iv-light/-/1472596/3433264/-/index.html>. Vgl. auch Blaschke, R., Bedingungsloses Grundeinkommen versus Grundsicherung, rls Standpunkte 15/2008, S. 6
- 23 BAG Grundeinkommen DIE LINKE, Vorschlag für das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2009; <http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/?p=767>
- 24 BAG Grundeinkommen DIE LINKE, Konzept für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in Existenz und Teilhabe sichernder Höhe, 2010; http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/wp-content/uploads/2010/04/10_-_04_-_08_BGE-Konzept2010_Endfassung.pdf
- 25 Siehe Blaschke, R., So wollen wir leben! Das bedingungslose Grundeinkommen ein Top-Thema in der IG Metall-Befragung, 2010; <http://www.grundeinkommen.de/31/01/2010/so-wollen-wir-leben-das-bedingungslose-grundeinkommen-ein-top-thema-in-der-ig-metall-befragung.html>, und Blaschke, R., Weitere Aktivitäten bei ver.di fürs Grundeinkommen; <http://www.grundeinkommen.de/10/06/2011/weitere-aktivitaeten-bei-verdi-fuers-grundeinkommen.html>
- 26 Schlecht, M., Die Überflüssigen entsorgt, taz 2.11. 2006; <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2006/11/02/a0190>
- 27 Schlecht, M., Staatsfinanzen stärken – Steuerkonzept DIE LINKE, 2011; <http://www.michael-schlecht-mdb.de/staatsfinanzen-starken-steuerkonzept-die-linke.html>
- 28 Weinberg, H., Es geht immer um Kräfteverhältnisse, Impulsreferat für das Forum 4 des Programmkonvents der Partei DIE LINKE, Hannover, November 2010; <http://www.die-linke.de/programm/programmkonvent/forenimpulsreferateundprotokolle/forum4gutearbeitssozialesicherheitundgerechtigkeitlebenundarbeitenim21jahrhundert/haraldweinbergimpulsreferatfuerdasforum4/>
- 29 BAG Grundeinkommen DIE LINKE, Sachgerechte Kritiken sind willkommen, widersprüchliche und falsche Darstellungen sowie denunziatorische Unterstellungen dagegen nicht! 2011; <http://www.die-linke.de/nc/programm/wortmeldungen/wortmeldungenzumerstenprogrammwurfmaerz2010bismaerz2011/detail/browse/2/zurueck/wortmeldungen-1/artikel/sachgerechte-kritiken-sind-willkommen-widersprechliche-und-falsche-darstellungen-sowie-denunziator/>
- 30 Siehe beschlossener Antrag B 134 zum ver.di-Bundesjugendkongress Mai 2011; http://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2011/07/b134_1198_1088.pdf

Alle Internetseiten, -texte und -quellen wurden am 05.08.2011 abgerufen.